Nr. 7 27. Jahrgang

# Die Gleichheit

## Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
5. Januar 1917

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Eine geschichtliche Stunde? — Die sozialdemokratischen Frauen und der Friede. Von Luise Zietz. — Die Heimarbeiterinnen im Frankenwald. Von m. b. — Politische Rundschau. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.

Notizenteil: Aus dem öffentlichen Leben. — Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Frauenarbeit.

## Eine geschichtliche Stunde?

Zum drittenmal, seit der Weltkrieg die Schrecken der Hölle entfesselt zu haben scheint, treten die Völker über die Jahresschwelle. Ärmer an materiellen Kulturgütern — es sei denn, daß man die Berge von Geschützen, Handgranaten, Bomben, Unterseebooten, Kampfflugzeugen und anderen Zerstörungswerkzeugen „vollkommenster Art" als höchste Kulturgüter einschätzt —, ärmer namentlich auch an allem ideellen, geistig sittlichen Kulturbesitz, den sich die Menschheit im Laufe ungezählter Jahrtausende in Lust und Leid, in der Sehnsucht Qual und Hoffnungsseligkeit, in der Enttäuschung Bitternis, in jubelnder Erfüllung geschaffen hat. Stehen wir nicht auf Golgatha, und hat die Sonne nicht ihren Schein verloren, wie damals, als nach der christlichen Legende der ans Kreuz geschlagene Gottmensch verschied? Jedoch in dem bangen, lastenden Dunkel scheint ein lichter Schimmer aufzudämmern, dem schwachen unsicheren Leuchten gleich, das in zitternden Wellen als erster Vorbote des Morgens über den Himmel zieht. Friedenshoffnungen weben um das neue Jahr, und mögen es noch so winzige, trüb glimmende Fünklein sein, die riesengroße Friedenssehnsucht von Millionen haftet in atemloser Spannung an ihnen.

Kurz ehe das alte Jahr zur Rüste ging, gab der deutsche Reichskanzler im überraschend zusammenberufenen Reichstag die Erklärung ab, daß die verbündeten Mittelmächte ihren Gegnern den Eintritt in Friedensverhandlungen vorschlagen. Freilich fehlte in der Ankündigung das Wichtigste. Nämlich die Mitteilung, unter welchen Bedingungen die Mittelmächte zum Friedensschluß bereit seien. Denn was darüber in der „Note" enthalten ist, die den Regierungen der Entente übermittelt worden, sind unter den obwaltenden Umständen im Munde von Staatsmännern nichts als allgemeine Redensarten, wie wir sie ähnlich schön auch schon von London und Paris gehört haben. Die Note schweigt über die Stellungnahme der Mittelmächte zu den sehr konkreten Fragen, die der Weltkrieg aufgerollt hat. Es gibt für sie kein Belgien, kein Serbien, kein Nordfrankreich, kein Livland und Kurland, keine polnische Frage, keine deutschen Kolonialländer in Afrika und Ostasien, um nur einiges zu nennen. So gleicht die offizielle Friedensaktion dem berühmten Lichtenbergschen Messer ohne Heft und Klinge.

Wer die so viel angerufenen Wirklichkeiten nicht aus dem Auge verliert, kann deshalb kaum überrascht, geschweige denn enttäuscht sein, daß die offizielle Friedensaktion der Mittelmächte kein freudiges und einheitliches Echo erweckt hat, nicht einmal in den Ländern des Vierverbands selbst. In der Presse aller kriegführenden Länder — und etwas weniger lebhaft in der der Neutralen — stoßen und werfen Friedensfreunde und Kriegshetzer das Friedensangebot wie einen Fußball hin und her. Die Ausbrüche wildester chauvinistischer Leidenschaft maßloser Annexionisten, die Stimmen von superklugen, maßvollen Männern der „realen Garantien" mischen sich mit dem Verlangen nach einer Verständigung der Völker, die weder Sieger noch Besiegte zurückläßt und allen Nationen volle politische und wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit sichert. Wie an einem Orakelspruch zu Delphi werden von Journalisten, Politikern, Kannegießern alle Auslegekünste an der Note der Verbandsmächte, den Worten des Reichskanzlers, dem Um und Auf der offiziellen Friedensaktion erprobt. Ist diese Aktion ernst zu nehmen oder ein bloßer Theatercoup? Erweist sie die Überlegenheit oder die Schwäche der Mittelmächte? Wird sie entscheidende politische oder lediglich moralische Wirkungen zeitigen? Welchen Einfluß kann sie auf Stimmung und Stellungnahme der Neutralen ausüben? Wird Wilson nun die früher angekündigte Rolle des Friedensvermittlers wirklich in Angriff nehmen? Wie hat sich Trepow zu dem Angebot von Friedensverhandlungen geäußert? Wie Sonnino, Briand und Lloyd George?

Über diese Fragen und andere noch ist auf Bergen von Druckpapier manches Richtige und viel Unrichtiges, einiges Vernünftige und überwiegend Törichtes geschrieben worden. In allen kriegführenden Ländern leider unverantwortlich viel, was statt die Friedensstimmung zu fördern, die Kriegsleidenschaften aufpeitschte. Und die Reden, mit denen in Petersburg und Rom, in Paris und London die leitenden Staatsmänner des deutschen Reichskanzlers Ausführungen beantwortet haben, klangen nicht besonders friedeverheißend. Mit Variationen und in verschiedenen Tonarten wiederholten sie das Einerseits und Anderseits, das Bethmann Hollwegs Rede ihr Gepräge gegeben hatte, Betcuerungen der Friedensbereitschaft, wenn ... Eidschwüre für das Durchhalten, wenn ... „Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen auch die Verfasser." Zur Zeit, da diese Nummer in Druck gehen muß, steht die offizielle gemeinsame Antwort der Ententemächte auf die Note, auf die Aufforderung zu Friedensverhandlungen noch aus. Wird sie das Tor öffnen für den ersten Schritt zum heißersehnten Ende der Völkerzerfleischung? Das zehrende Leid ungezählter Gebeugter, die gespenstige Not von Millionen Darbender, die schwache Hoffnung Verzweifelnder harrt der Antwort entgegen wie einem Evangelium.

Ist es wirklich in allen kriegführenden Ländern zum Glaubenssatz geworden, daß der Friede einzig und allein an der Hand der Regierungen von himmlischen Höhen zur blutüberströmten Erde herniedersteigen muß? Ist wirklich bis zum letzten Rest die Überzeugung ausgetilgt, daß er auch von den Völkern geleitet nahen kann? Die Antwort auf diese Frage ist für die Entscheidung über Krieg und Frieden bedeutsamer als alle mehr oder minder vieldeutigen Worte der Staatsmänner,

deren Macht über Leben und Tod der vielen letzten Endes doch nur von Volkes Gnaden ist. Freiwillige Regierungskommissare und Regierungschreiber schelten freilich „heillose Illusionäre“ alle, die sich zu der Auffassung bekennen, daß die breiten Massen der Namenlosen die entscheidende Friedensmacht sein könnten, wenn sie wollten. Die Erfahrungen des Weltkriegs scheinen ihnen Recht zu geben. Aug in Auge mit diesen schmerzlichsten Erfahrungen deucht es fast ein Noraglaube an das Wunder, den Frieden als Frucht von der Selbstbesinnung der Arbeiter in allen Ländern zu erhoffen.

Und dennoch! Die Geschichte kennt so wenig wie die Natur ein Niemals. Regierungen haben die Friedenshoffnungen der Völker neu belebt, Regierungen können die Friedenshoffnungen der Völker nicht enttäuschen, wenn die Völker begreifen, daß sie selbst im klaren Bewußtsein der internationalen Solidarität aller Arbeiter die treibenden Friedenskräfte sein können und sein müssen. Bei ihnen steht es, daß die unruhig und ängstlich über der mörderischen Sintflut des Weltkriegs flatternde Taube den Ölbaum findet, dessen Zweig sie der Menschheit bringt. Wenn die Friedenssehnsucht der Völker Erkenntnis zeugte, ihre Erkenntnis Willen und Tat, so würde in Wahrheit eine geschichtliche Stunde von weittragender Bedeutung schlagen. Dann stiege des Menschen Sohn herab vom Kreuz und hülfe sich selbst.

---

## Die sozialdemokratischen Frauen und der Friede.

In der Überzeugung, daß die Kriegsziele der kriegführenden Mächtegruppen von ausschlaggebender Bedeutung für die Dauer des Krieges sind, haben die sozialdemokratischen Frauen diesen die größte Beachtung geschenkt. Und das mit Recht. Denn imperialistische Eroberungs- und Unterdrückungsgelüste werden bei den Mächtegruppen, bei denen sie lebendig sind, zum Handlungsimpuls und zum treibenden Motiv von höchster Bedeutung, sie spornen immer aufs neue zu äußerster Kraftanspannung, um das gesteckte Ziel zu erreichen, und ebenso peitschen umgekehrt Annexionswünsche und Annexionsforderungen der einen Mächtegruppe die andere zu der erbittertsten Gegenwehr und den heftigsten Gegenangriffen.

Annexionsbestrebungen verlängern also den Krieg. Schon aus diesem Grunde sind die sozialdemokratischen Frauen, nicht nur in Deutschland und Österreich-Ungarn, sondern, wie wiederholte Kundgebungen beweisen, in allen kriegführenden Ländern, Gegnerinnen von Annexionen; sie haben von Anbeginn des Krieges den tiefinnigen Wunsch seiner möglichst schnellen Beendigung gehabt und sind deshalb Feindinnen aller Bestrebungen, die zu seiner Verlängerung beitragen könnten. Und je länger das grauenhafte Vernichtungswerk des Weltkriegs dauert, je quälender für uns alle das Gefühl der Ohnmacht gegenüber den entsetzlichen Leiden der Menschheit wird, und je stärker das bittere Bewußtsein uns niederdrückt, so wenig zur Abkürzung des gräßlichen Männermordens und zur Herbeiführung des allgemein ersehnten Friedens tun zu können, desto zwingender empfinden wir es als unbedingte Pflicht, Annexionsplänen im eigenen Lande entgegenzuwirken, wo immer sie sich zeigen.

Freilich wird jeder, dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker keine leere Phrase, sondern eine demokratische Grundforderung und ein sozialistisches Postulat ist, prinzipiell gegen jede Art von Annexion sein, ganz gleich, ob sie in der Aneignung fremder Landesteile besteht oder in der wirtschaftlichen und politischen Bevormundung fremder Völker oder Volksteile. Gegenwärtig kommt jedoch zu dieser prinzipiellen Ablehnung die überaus wichtige praktische Erwägung, daß, wie wir darlegten, Annexionsbestrebungen die Friedensmöglichkeit in weitere Ferne rücken.

In Erfüllung einer heiligen Pflicht erheben deshalb auch **die sozialdemokratischen Frauen den Ruf nach einer Verständigung der Völker, nach einem Frieden, der die Freiheit und Unabhängigkeit aller beteiligten Völker sicherstellt** und damit das Unterpfand schafft für einen friedlichen Wettbewerb, für die schnelle Wiederherstellung der menschlichen Gemeinschaft aller Kulturvölker. Unserem innersten Wesen würde es widersprechen und unserer sozialistischen Überzeugungstreue ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wollten wir den Kampf für die Anerkennung dieser Forderung den Genossen allein überlassen. Unsere quälende Ungeduld, unser ganzes Sinnen und Trachten, nach Maßgabe unserer Kräfte mitzuwirken für die Durchsetzung von Anschauungen, die zur Abkürzung der schrecklichen Not, des unsäglichen Leides, des Blutvergießens in Europa beitragen können, drängt uns, im Namen der Menschlichkeit unsere Stimme zu erheben zugunsten eines Friedens der Verständigung.

Politische Voraussicht und kluge Überlegung führen zu dem gleichen Standpunkt. Selbst wenn es möglich wäre, durch die Gewalt der Waffen einen entscheidenden Sieg zugunsten einer der beiden Mächtegruppen zu erringen — woran heute wohl kein Einsichtiger mehr glaubt —, würde es im Interesse eines dauernden Friedens und der möglichst baldigen Wiederherstellung freundlicher Beziehungen unter den Völkern liegen, die doch so bitter notwendig aufeinander angewiesen sind, einen Frieden ohne Annexionen, ohne politische und wirtschaftliche Vergewaltigung irgendeines Volkes zu schließen.

Annexionen erwecken Haß und Revanchegelüste bei den Bewohnern der annektierten Gebiete, die als Volksfremde dem siegreichen Staat eingegliedert werden. Abgesehen vom Schicksal der Unterdrückten, würde das wahrlich nicht die Durchführung einer einheitlichen und freiheitlichen inneren Politik fördern. Starke Rüstungen in den siegreichen und in den besiegten Ländern würden die weitere Folge sein, während es doch sicherlich im Interesse der Völker liegt, wenigstens nach diesem grauenhaften Kriege vom Drucke der militärischen Rüstungen allmählich entlastet zu werden. Vereinbarungen über die Einschränkung der Rüstungen, über den Ausbau des Völkerrechts; Anerkennung eines internationalen Schiedsgerichts, das auszurüsten wäre mit weitgehenden Machtbefugnissen; Vereinbarungen über die Handelsbeziehungen der Völker, die Austausch und friedlichen Wettbewerb fördern; Ausbau des Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Jugend- und Säuglingsschutzes, dem in seinen Grundprinzipien internationale Geltung zugesprochen werden müßte — die gewaltige Steigerung der Frauenarbeit in allen kriegführenden Ländern macht die letzte Forderung zu einer sozialen Notwendigkeit im Interesse der Arbeiterschaft und ihres Nachwuchses sowie der Erhaltung und Neuschaffung der Arbeitskraft —, das sind einige der wichtigsten Punkte, die im Interesse des Proletariats, besonders auch seines weiblichen Teiles, und darüber hinaus im Interesse der kulturellen Gesamtentwicklung als Friedensergebnisse auf das lebhafteste zu wünschen sind.

Als Sozialisten, die einen Einblick in die treibenden Kräfte des weltgeschichtlichen Geschehens haben, wissen wir zwar, daß das neue Ausdehnungsbedürfnis des Kapitals der ganzen Welt stets erneut Krieg und Kriegsgefahr gebiert und damit auch das Streben nach Rüstungen zu Wasser und zu Lande; wir wissen, daß diese harte Tatsache nicht durch Vereinbarungen über Völkerrecht, Schiedsgerichte und Rüstungseinschränkungen aus der Welt geschafft wird, sondern erst durch die Beseitigung der Ursachen dieser Tendenzen, durch die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung der Dinge. Aber wir halten uns auch vor Augen, daß der Sozialismus uns nicht als ein Geschenk in den Schoß fällt, nicht als das Ergebnis einer mechanisch sich vollziehenden Entwicklung zu erwarten ist, sondern als die Frucht unseres Kampfes, der allüberall Position nach Position dem Kapitalismus abringen muß. Deshalb wird es auch von der wachsenden Macht des internationalen Sozialismus, von der Tiefe der Erkennt-

nis und der Stärke des Wollens des Proletariats der ganzen Welt abhängen, in welchem Maße Schiedsgerichte, erweitertes Völkerrecht und manche andere Reform Inhalt und Wirkungskraft erhält.

Dank dieser Überzeugung fühlen wir sozialdemokratischen Frauen stärker als je die Verpflichtung, für die Verwirklichung der großen sozialistischen Ideale zu kämpfen, um dadurch der Menschheit für die Zukunft die Leiden zu ersparen, deren schaudernde Zeugen wir gegenwärtig sind.

Luise Zietz.

---

# Die Heimarbeiterinnen im Frankenwald.

Nicht von Zivildienstpflicht und dem neuesten, von verschiedenen Seiten entdeckten „Kriegssozialismus" soll hier die Rede sein, sondern von bitteren Wirklichkeiten kapitalistischer Erscheinungen. Jener soll gedacht werden, die im zermürbenden Kampf ums tägliche Brot von Jugend auf gebückt am Stickrahmen sitzen, um dem Kapitalismus in Gestalt arbeitvermittelnder Faktoren ihren Tribut zu zollen: der Heimarbeiterinnen im Frankenwald. Nur selten dringt ein Notschrei der Ärmsten hinaus in das vom Kriegslärm erfüllte Leben. Und ist es wirklich der Fall, dann verhallt er fast ungehört. Es scheint so, als ob alles Interesse für soziale Erscheinungen, wie sie namentlich in der Heimarbeit so drastisch zutage treten, völlig erloschen ist. In den Kreisen der Gegner unserer Bewegung spukt nur noch die Auffassung von den „hohen Löhnen" der Arbeiter. Willkürlich wird die Entlohnung einzelner herausgegriffen und als Allgemeinerscheinung hingestellt, ohne in Zusammenhang mit den dreifach gestiegenen Lebensmittelpreisen gebracht zu werden. Das ist billig und bequem und enthebt gründlichen Beweisführens. Geht man jedoch der Sache ernsthafter nach, sucht man die Wirklichkeit möglichst in ihren Einzelheiten zu packen und sie in allen ihren Erscheinungsformen darzustellen, dann wird von jener Seite entweder zu bestreiten oder zu schweigen versucht. Es soll eben alles so sein, wie es den Gegnern genehm ist, und wie sie es zur Vertretung ihrer Interessen brauchen.

Wie oft ist nicht der Heimarbeit gerade von dieser Seite ein hohes Lob gesungen worden. Welche Schönheiten und Tugenden wußte man ihr nicht anzudichten, wenn es galt, Wünschen auf bessere Entlohnung der Heimarbeiter und -arbeiterinnen entgegenzutreten. Da wurde der „Segen der Häuslichkeit", des „Waltens im eigenen Heim, am eigenen Herd", der Segen des Wirkens in der Familie in allen Farben geschildert. Aber aus begreiflichen Gründen schwieg man darüber, all die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und familiären Schäden aufzudecken, die die Heimarbeit in ihrer vielfachen Gestalt in sich birgt. Sonst würde ja das schöne Kartenhaus kläglich zusammenbrechen. Nur wer die Heimarbeit kennt, wer das Leben, Wirken und Hasten der Heimarbeiterinnen beobachtet, der weiß, wie die Wirklichkeit des angeblich glücklichen Erdendaseins aussieht, der kennt die dunkle Kehrseite der Medaille.

War schon in Friedenszeiten die Existenz der Heimarbeiterinnen eine tieftraurige, so ist sie jetzt meist noch viel schlechter. Alle jene Kennzeichen der Heimarbeit, furchtbar lange Arbeitszeit, niedrige Entlohnung, gesundheitswidrige Arbeitsbedingungen, schlechte Ernährung und meist auch schlechte Wohnung, kommen jetzt noch viel schärfer zum Ausdruck. Es ist kaum faßbar und kaum zu begreifen, wie es den Heimarbeiterinnen möglich ist, noch durchzukommen. Sie müssen wahrhafte Künstlerinnen im Kochen sein, um bei den unerschwinglichen Lebensmittelpreisen und den sehr niedrigen Löhnen sich ernähren zu können. Den drei- bis vierfach gestiegenen Preisen der Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände stehen Einnahmen gegenüber, die kaum für zwei Tage, geschweige denn für eine ganze Woche reichen. Und von diesen Einnahmen muß noch die Miete gezahlt werden. Ist sie auch in den meisten Fällen gering, weil die Wohnungen in ihrer übergroßen Zahl oft trotz zahlreicher Familie nur klein sind, so wird sie doch als drückende Last empfunden.

Typisch für das Heimarbeiterinnenelend sind zweifellos die Verhältnisse im Frankenwald. Inmitten einer herrlichen, waldumwobenen Natur verleben die Heimarbeiterinnen trübe Tage. Nur selten fällt ein Lichtstrahl in ihr Leben, das arbeitsreich und trotzdem an Entbehrungen überreich ist. Jede Minute ist kostbar, und jedes Versäumnis ist ein fast uneinbringlicher Schaden, zu irgendwelchen „Extravaganzen" ist weder Zeit noch Geld übrig. Tagein tagaus, jahrein jahraus ist trauriges, sorgenvolles Einerlei das Los der Heimarbeiterinnen im Frankenwald.

Wie die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten auch sie zu Beginn und in den ersten Monaten des Krieges schwer unter dessen Wirkungen zu leiden. Die Arbeit ging schlecht, teilweise sehr schlecht. Erst allmählich erholte sich die besondere Industrie, in der die Heimarbeiterinnen des Frankenwaldes beschäftigt sind, und jetzt haben diese alle Hände voll zu tun, um die ihnen übertragenen Filetstopfarbeiten zu bewältigen. Es ist auffallend, daß gerade diese Arbeiten solchen Aufschwung genommen haben, obwohl sie doch vorwiegend dem Luxus dienen. Vorzugsweise werden Manschetten und Kragen für Damenkleider als Filetarbeiten hergestellt, die oft von hervorragender Feinheit in Zeichnung und Ausführung sind. Mit Blitzesschnelle fährt die Nadel mit dem weißen Faden durch die Gaze, und Hunderttausender von Stichen bedarf es, um eine Tagesarbeit zu bewältigen. Und dabei ist die Arbeit nicht etwa mechanischer Natur, nein, es gilt die Fäden genau abzählen, um die auf der Vorlage vorgezeichneten Ornamente auch genau herauszuarbeiten. Kragen und Manschetten werden stückweise bezahlt, Einsätze mit 60 bis 80 Pf. für das Meter. Mehrere Kragen werden auf ein Stück Gaze gearbeitet. Bei dem Filetstopfen ist zu beachten, daß es keineswegs nur mit der Maschine hergestellt, sondern häufig noch Handarbeit ist. Eine Arbeit, die peinlich genau sein muß und sehr mühevoll ist, aber ebenso schlecht bezahlt wird wie die andere. Die allermeisten, die solche Filetarbeiten tragen, wissen nicht, wieviel Nadelstiche, welche Unsummen von Energie notwendig waren, um den Schmuck fertigzustellen.

Vergleicht man mit den Preisen der Filetarbeiten in den Schaufenstern die Verdienste der Filetstopferinnen, so bekommt man ein Bild des Profits, den das Kapital einheimst. Die Filetstopferei steht gegenwärtig im Frankenwald hoch im Kurs. Und nicht nur dort. Auch in den Städten haben sich Unternehmer auf dieses „Fach" geworfen, und sie suchen in den Tageszeitungen fortgesetzt Filetstopferinnen, die sie auch finden. Nicht nur Kriegerfrauen, sondern vor allem die Erwerbslosenunterstützung beziehenden Textilarbeiterinnen stellen hier die Arbeitskräfte. Während in diesem Falle der Verdienst aus der Filetstopferei nur als Ergänzung der zu niedrigen Unterstützung dient, ist sie im Frankenwald für die Heimarbeiterinnen in den allermeisten Fällen die Haupteinnahmequelle.

Das schlimmste ist, daß die Lohnfestsetzung für die einzelnen Stücke vollständig im Ermessen und in der Willkür des Faktors und des Unternehmers liegt. Darum auch die unglaublich geringen Verdienste trotz überlanger Arbeitszeit. Vor uns liegt eine Aufnahme über Verdienste und Arbeitszeit aus den letzten Tagen, die der in den übrigen Wochen und Monate gleicht. Es verdienten die als Heimarbeiterinnen schaffenden Filetstopferinnen — wir lassen die Namen weg und stellen Nummern ein — Nr. 1 die Woche 7 Mk., Nr. 2 6 Mk., Nr. 3 7 Mk., Nr. 4 6 Mk., Nr. 5 7 Mk., Nr. 6 7 Mk. usw. Und bei welcher Arbeitszeit! Hören wir, was die Aufnahme da erzählt: Es arbeitet Nr. 1 von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends, Nr. 2 von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends, Nr. 3 von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends, Nr. 4 von 9 Uhr morgens bis 11 Uhr abends, Nr. 5 von 7 Uhr morgens bis 10 Uhr abends, Nr. 6 von 8 bis 11 Uhr morgens und dann von 2 bis 9 Uhr abends. Von dem geringen Verdienst müssen die Heimarbeiterinnen auch noch Zwirn und

eventuell andere Zutaten kaufen, wofür sie in der Woche 40 bis 50 Pf. auszugeben haben. Ihre Entlohnung verringert sich also auf 5,60 bis 6,60 Mk. die Woche. Und davon soll Nahrung, Kleidung, Wohnung, Licht und im Winter noch Feuerung bestritten werden. Rechnet man die Bezahlung auf Stundenlohn um, so ergeben sich „Verdienste" von 7⅝ bis 9½ Pf. die Stunde. Jedes Wort würde die Wirkung dieser Tatsache abschwächen. Sie wird auch dadurch nicht beeinträchtigt, daß ab und zu einmal der Stundenverdienst auf 10 bis 11 Pf. steigt. In der Regel ist er nicht höher wie angegeben.

Wie sich angesichts solcher Entlohnung die Lebenshaltung der Heimarbeiterinnen gestaltet, ist unschwer zu erraten. Viel Schuld an diesen traurigen Zuständen trägt der Mangel an Organisation. Es wird viel Mühe und Arbeit kosten, die tief niedergehaltenen Heimarbeiterinnen des Frankenwaldes ihrer gewerkschaftlichen und auch der politischen Organisation zuzuführen. Jedoch Mühe und Arbeit dürfen nicht gescheut werden. Hoffen wir, daß es uns bald gelingen möge, die Heimarbeiterinnen des Frankenwaldes zu erwecken, zu sammeln und mit dem Selbstvertrauen zu erfüllen, das die sozialistische Lehre den Ausgebeuteten und Getretenen verleiht. Dann wird auch für diese Ärmsten eine menschenwürdige Existenz erkämpft werden können.

mb.

## Politische Rundschau.

Kaum daß die Reichstagsabgeordneten nach der Beschlußfassung über das Hilfsdienstgesetz daheim ihre Koffer ausgepackt hatten, wurden sie durch die Einladung überrascht, am 12. Dezember neuerlich zusammenzutreten. Darob gewaltiges Geraune und Gewisper im Blätterwald. Was würde die zu erwartende Erklärung des Reichskanzlers über die Lage bringen?

Der große Tag kam. Herrn v. Bethmann Hollwegs Erklärung stellte das Parlament wieder einmal vor eine fertige Tatsache. Ein offizieller Vorschlag zu Friedensverhandlungen war unter dem Eindruck der Waffensiege in Rumänien erfolgt. Wie der Reichskanzler mitteilte, hielt der Kaiser „nun den Zeitpunkt für eine offizielle Friedensaktion für gekommen. Im vollen Einvernehmen mit den ihm verbündeten Herrschern hatte er den Entschluß gefaßt, den Feinden den Eintritt in Friedensverhandlungen vorzuschlagen." Die entsprechende Note war bereits zur Übermittlung den Vertretern von Spanien, der Schweiz und den Vereinigten Staaten überreicht worden. Auch die übrigen Neutralen und der Papst sollten von dem Schritt unterrichtet werden. In der Note heißt es, daß die vier verbündeten Mächte „zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit gezwungen wurden, zu den Waffen zu greifen. Nun schlagen sie vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu den Verhandlungen mitbringen und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauernden Friedens."

Die elementarste Pflicht zur Wahrung des Parlamentsrechts hätte geboten, daß der Reichstag sich zu dem Schritt der Regierung äußerte. Er durfte es nicht stillschweigend hinnehmen, daß er — wie bei der Errichtung des sogenannten unabhängigen Königreichs Polen und der ersten Vorbereitung des Hilfsdienstgesetzes — ausgeschaltet wurde. Er mußte sein Recht zu voller Mitwirkung an Schritten heischen, die zur Beendigung des unheilvollen imperialistischen Krieges führen sollen. Im Hinblick auf den Erfolg der einzuleitenden Aktion selbst drängten sich Fragen auf. Hatten die Regierungen der Mittelmächte — wie es in ähnlichen Fällen „geheiligte" Tradition ist — bei den Regierungen der Entente „diplomatische Fühler" ausgestreckt, um sich über die Aufnahme ihres Vorschlags zu unterrichten? Und bedeutungsschwerer als das: welche Bedingungen „bildeten nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens"? Dem leeren Schlauch der betreffenden Sätze Inhalt zu geben, ihn mit unverfälschtem Friedenswein zu füllen: darauf kam es an, daran mitzuwirken mußte der Reichstag begehren.

Aber es kam anders. Der Zentrumsführer Dr. Spahn beantragte die Vertagung des Parlaments. Herr Bassermann widersprach dem im Namen der Nationalliberalen. Er forderte eine Besprechung der Rede des Reichskanzlers, in der die Parteien ihre Stellung zu der aufgeworfenen Frage festlegen könnten. Das entspreche „der Wichtigkeit der Staatsaktion, die in der Note sich verkörpert, aber auch der Stellung des Parlaments und seiner Bedeutung". Graf Westarp schloß sich für die Konservativen dem Antrag an, ebenso Genosse Ledebour für die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. Er sagte: „Gerade darin, daß Parteien der verschiedensten Richtung das Bedürfnis haben, in dieser Situation die Stimme des Deutschen Reichstags zur Geltung zu bringen, liegt der Beweis, daß es wirklich notwendig ist." Aller Einspruch war jedoch vergebens. Die Mehrheit der Volksvertreter trat selbst vor der Regierung demütig zur Seite. Sie gab sich mit der Rolle von Statisten für Herrn v. Bethmann Hollwegs Monolog zufrieden. Die Vertagung wurde mit den Stimmen des Zentrums, der Volkspartei, der Polen, Elsässer und auch — der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion beschlossen. Herr Bassermann hat seither im Namen der nationalliberalen Partei in einem Schreiben in aller Form nachdrücklich gegen die Ausschaltung des Reichstags bei den ersten Schritten zu Friedensverhandlungen protestiert. Die Konservativen haben sich in ihrer Presse dem Einspruch angeschlossen. Und wir erleben das erbauliche Schauspiel, daß die Blätter und Führer der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion das Verhalten der Regierung zum Reichstag, die inhaltlose Formel des Vorschlags zu Friedensverhandlungen geradezu krampfhaft verteidigen. „Rechter Hand, linker Hand alles vertauscht." Konservative und Nationalliberale als eifrige Schützer des von ihnen so oft mißhandelten und preisgegebenen Parlamentsrechts, und Sozialdemokraten als überzeugte Gläubige der Regierungsallweisheit! Denn die Haltung der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion wird mit der Notwendigkeit zu rechtfertigen gesucht, das eingeleitete Friedenswerk nicht zu gefährden, und der „Vorwärts" beweist haarklein, daß und warum dieses Werk genau so angepackt werden muß, wie es die Regierung getan hat. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat ihre Auffassung der Frage und der Situation am 12. Dezember in dieser Erklärung zusammengefaßt:

„Die Einleitung von Friedensverhandlungen haben wir von Anfang an gefordert, getreu der Solidarität der Völker, wie sie die Sozialdemokratie auf ihren nationalen und internationalen Kongressen klar und entschieden zum Leitstern der auswärtigen Politik des Proletariats gemacht hat. Dabei sind wir von der Gewißheit getragen, daß die demokratischen Volksmassen in allen Ländern mit den anderen Völkern in einem Frieden leben wollen, der allen die freie Selbstbestimmung gewährt. Jeder Schritt in dieser Richtung ist deshalb unserer Unterstützung sicher.

Die deutsche Regierung hat mit ihren Verbündeten den Regierungen der gegnerischen Staaten eine Note zugestellt, in der sie sich zu Friedensverhandlungen bereit erklärt. Soll diese Note zum Frieden führen, dann ist notwendig, daß in allen Ländern der Gedanke an Annexionen fremden Gebiets, an politische, wirtschaftliche oder militärische Unterwerfung irgendeines Volkes unter eine andere Staatsgewalt unzweideutig abgewiesen wird.

Gemäß unserer grundsätzlichen Anschauung, daß der Krieg kein Mittel ist, die Gegensätze zwischen den Völkern auszugleichen und ihre gegenseitigen Beziehungen zu regeln, verwerfen wir jede Ausnutzung der Kriegslage zur Vergewaltigung eines Volkes. Pläne dieser Art führen nur zur Verschärfung und Verlängerung dieses Krieges und bergen den Keim neuer Kriege in sich. Soll die Dauer des Friedens gewährleistet werden, so ist vielmehr erforderlich, daß durch internationale Vereinbarungen überall die Rüstungen eingeschränkt und alle Streitigkeiten der Völker zur Schlichtung Schiedsgerichten unterbreitet werden.

Von den Bedingungen, unter denen die Regierung Friedensverhandlungen einleiten will, erfahren Volk und Volksvertretung nichts. Somit bleibt das für den Erfolg Entscheidende im Dunkel. Wir fordern die Bekanntgabe der Friedensbedingungen. Redewendungen, die verschiedene Deutungen zulassen, rufen Mißtrauen hervor, erschweren oder vereiteln gar das Zustandekommen von Friedensverhandlungen.

Nach allen Grundsätzen wahrhaft demokratischen Lebens durfte eine Kundgebung von solcher Tragweite wie das Friedensangebot nicht ohne Mitwirkung der Volksvertretung in die Welt gehen.

Der Reichstag hat aber die Nichtachtung der Volksvertretung durch die Regierung noch übertrumpft, indem er, ebenso wie

vorher schon bei der Proklamierung des Königreichs Polen, auch jetzt wieder sich selbst ausgeschaltet hat. Der von uns wie von den Nationalliberalen und den Konservativen gestellte Antrag auf Besprechung der vom Reichskanzler gehaltenen Rede wurde vom Zentrum, der Fortschrittlichen Volkspartei und der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt. So ist die Stimme des werktätigen Volkes in einem wichtigen Moment nicht zu Gehör gekommen. Die Volksmassen sind nun wie in den anderen Ländern so auch bei uns berufen, darauf zu dringen, daß dem materiellen und moralischen Elend des Krieges, in das sie wider ihren Willen gestürzt sind, ein Ende gemacht wird, daß ein Friede zustande kommt, der der Verbrüderung der Völker die Wege ebnet."

## Gewerkschaftliche Rundschau.

Im Hinblick auf die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes fand in Berlin eine Konferenz aller Gewerkschaftsrichtungen und der Angestelltenverbände statt. Es nahmen die Funktionäre der Organisationen an ihr teil, denen es durch nähere Informationen erleichtert werden sollte, die Rechte der Arbeiter erfolgreich zu wahren. Es handelt sich im wesentlichen darum, daß bei der Durchführung des Gesetzes in die zu wählenden Ausschüsse und Schlichtungskommissionen Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten entsendet werden. Für jeden Bezirk eines Generalkommandos werden solche Körperschaften geschaffen, in denen je ein Unternehmer- und ein Arbeitervertreter sitzt, und die Ausschüsse haben über Streitfälle zu entscheiden, die aus dem Arbeitsverhältnis erwachsen. Die Konferenz bereitete die Wahl von Bezirksausschüssen vor, denen die Aufgabe zufällt, beim Kriegsamt Vorschlagslisten der Personen einzureichen, die zu den Ausschüssen zu ernennen wären. Auf dieser Konferenz kam einhellig zum Ausdruck, daß alle vertretenen Gewerkschaftsrichtungen an der Durchführung des Gesetzes mitwirken wollen, und daß durch ihre Beteiligung an der Durchführung die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter gewahrt werden sollen. Die Arbeiterinnen werden bekanntlich von dem Gesetz nicht erfaßt, aber trotzdem wird es auf ihre Lage zurückwirken. Der Konferenz wohnten Vertreter der Staatsbehörden bei. Der Vertreter des Reichskanzlers und der des Kriegsministeriums hielten Ansprachen.

Während die Arbeiterorganisationen unter dem Kriege gelitten haben, sind nach der Statistik des Reichsarbeitsamts die Unternehmerverbände in der angenehmen Lage, eine Fortentwicklung feststellen zu können. Einige unserer Gewerkschaften haben infolge von Einberufung und Übertritt in andere Berufe usw. 60 Prozent und mehr ihrer Mitglieder verloren. Die Zahl der Unternehmerverbände ist dagegen im Jahre 1914 noch um einige gestiegen. Es darf gewiß nicht übersehen werden, daß in das Jahr 1914 erst fünf Monate Kriegszeit fallen. Jedoch die Kriegswirkung war auch in diesen fünf Monaten bei den Gewerkschaften schon recht fühlbar. Die stärkste Organisation der Unternehmer weist das Baugewerbe auf, in sehr weitem Abstand folgt als nächste die für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe und dann erst die Unternehmerorganisation in der Metallverarbeitung. Ein besonderes Kapitel bildet im Bericht die Kriegerunterstützung. Nicht alle Verbände haben darüber berichtet, die vorliegenden Angaben erstrecken sich auf das volle erste Kriegsjahr. Es wird dafür eine Unterstützungssumme von rund 52 Millionen Mark herausgerechnet. Allerdings kommen dabei sicherlich nicht bloß die Unterstützungen an die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten und Arbeiter in Betracht, sondern auch die Gehälter, zu deren Fortzahlung die Unternehmer vielfach rechtlich verpflichtet waren.

Über die vielumstrittene Frage, ob der Boykott als zulässiges gewerkschaftliches Kampfmittel gilt, liegt eine neuere Entscheidung vor. Die Sache selbst hat viele Gerichtsinstanzen beschäftigt und datiert aus dem Jahre 1911. Über einen Bauunternehmer war durch die Organisation die Sperre verhängt worden, weil Zahlungsunfähigkeit die Arbeiter mit Schaden bedrohte. Der Unternehmer verklagte auf Schadenersatz sowohl die Gewerkschaft wie unser Parteiblatt, das die Sperrnotiz gebracht hatte. Die Gerichte kamen in allen Instanzen zur Freisprechung mit der Begründung, daß die Verhängung der Sperre in diesem Falle nicht gegen die guten Sitten verstoßen habe, auch sei dem Kläger in keiner Weise der Beweis gelungen, daß ihm durch die Sperrnotiz Schaden entstanden wäre.

Teuerungszulagen werden in letzter Zeit infolge der riesig im Preise gestiegenen Lebensbedürfnisse von allen gewerkschaftlichen Organisationen gefordert, und dort, wo solche schon gewährt werden, wird mit Recht ihre Erhöhung verlangt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben bei diesen Forderungen mit sehr starken Widerständen zu kämpfen. Die Unternehmer machen so geringe Zugeständnisse, daß die bewilligten Zulagen in keinem Verhältnis zur Teuerung stehen. Schließlich ist es bisher noch in allen Fällen nach Verhandlungen zur Einigung gekommen.

Daß die Frauenarbeit, durch die Not der Zeit bedingt, in Berufe eindringt, wo uns die Verwendung weiblicher Arbeitskraft früher unmöglich schien, zeigt sich auch in Berlin. Dort sollen jetzt unter anderem Frauen als Kohlenkutscher angelernt werden. Bisher wurden schon Frauen auf den Lagerplätzen mit dem Aufstapeln der Briketts usw. beschäftigt, bei dem immer stärker hervortretenden Mangel an männlichen Arbeitskräften ist nun eine Vereinbarung zwischen der Organisation und den Unternehmern getroffen worden, wonach Frauen auch als Kutscher eingestellt werden dürfen, und zwar bei einem Wochenlohn von 46 Mk.

Das Nachtbackverbot für Bäckereien und Konditoreien wird voraussichtlich auch für die Friedenszeit bestehen bleiben. Der jahrelange Kampf des Bäckerverbandes für das Nachtbackverbot fand trotz aller dafür sprechenden hygienischen und volkswirtschaftlichen Gründe keinerlei Verständnis bei den gesetzgebenden Körperschaften. Die Not der Kriegszeit hat es erzwungen, daß die Forderung der Arbeiter verwirklicht worden ist. Die Bäckerorganisation hat nun die Regierungsbehörden um das dauernde Verbot des Nachtbackens ersucht. Von einem Regierungsvertreter wurde in der Petitionskommission des Reichstags erklärt, daß die Verwirklichung der Forderung im Interesse der Gesundheit und des Familienlebens der Bäcker wünschenswert und daß sie durchführbar sei. Auch der größte Teil der Unternehmer hat sich zustimmend geäußert. So darf man hoffen, daß endlich mit der unhygienischen und unsozialen Nachtarbeit in den Bäckereien aufgeräumt wird.

Ein erfreulicher Beweis gewerkschaftlicher internationaler Solidarität im kleinen liegt von der amerikanischen Organisation der Maler und Dekorateure vor. Die in dem Amerikanischen Malerverband Organisierten, besonders die in New York, sendeten schon im Jahre 1914 Gelder zur Unterstützung der Familien von einberufenen Mitgliedern des Deutschen und Österreichischen Malerverbandes. Zu dem gleichen Zwecke gingen dem Internationalen Gewerkschaftssekretariat jetzt wieder rund 2900 Mk. zu. Die betätigte Solidarität ist insofern besonders hoch zu bewerten, als die Lohnverhältnisse der Maler in New York durchaus nicht die besten sind. Das Organ des Deutschen Malerverbandes bemerkt, daß dieser Solidaritätsbeweis ihrer amerikanischen Berufsgenossen neue Hoffnung für die internationalen Beziehungen der Arbeiter schafft. #

## Genossenschaftliche Rundschau.

Der Krieg hat den Konsumvereinen und dem Prinzip, das ihr Wesen ausmacht, erhöhte Bedeutung gegeben. Auch in den Kreisen der besitzenden und herrschenden Klasse. Ihr muß natürlich eine Organisation höchst angenehm sein, die zum wirtschaftlichen „Durchhalten" auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung nicht wenig beitragen kann, notabene — solange es Lebensmittel zu versorgen gibt. Wir haben hier einen jener Fälle in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vor uns, wo ein spezielles Interesse der breiten Masse mit dem der Herrschenden zeitweilig zusammenfällt. Die meist der Arbeiterklasse angehörenden Mitglieder der Konsumvereine müssen in diesen Tagen erst recht befriedigt sein, wenn ihnen diese Organisation die Schwierigkeiten der Ernährung mildern hilft, denn Hunger tut weh. Und die herrschende Klasse ist je mehr vor dem Umsichgreifen der Unzufriedenheit bewahrt, je länger solche Aufgabe erfüllt werden kann. Sehr stark aus diesem Grunde haben die Konsumvereine während der letzten zwei Jahre an Ansehen und Wohlwollen auch in den Kreisen gewonnen, die ihnen sonst nichts weniger als freundlich gesinnt waren. Für die Kleinhändler gilt das freilich nicht. Sie stehen ja als unmittelbare Interessenten der wirtschaftlichen Tätigkeit der Konsumvereine gegenüber und sehen deren Aufstieg mit recht gemischten Gefühlen. Nur der überall gepredigte Burgfriede hindert sie an kräftigem Kampf gegen diese Entwicklung. Hier und da schlagen sie freilich trotz alledem schon jetzt fest um sich, und es ist kein Zweifel, daß nach dem Kriege bei politischen Wahlen in bürgerlichen Kreisen der Wettbewerb um die Gunst der an Zahl nicht geringen organisierten Kleinhändler wie ehemals in die Erscheinung treten wird.

Vorläufig können die Konsumvereine am Ende des zweiten vollen Kriegsjahres eine Festigung ihrer Bewegung nach innen und außen buchen, von der auch für später sicher ein gutes Stück

verbleiben wird. Augenblicklich geht ihr Wirken einer kritischen Zeit entgegen. Die Konkurrenz auf dem Gebiet des Wareneinkaufs und -verkaufs ist ausgeschaltet. Die Konsumvereine erhalten die wenigen Waren, die noch da sind, unter denselben Bedingungen für ihre Mitglieder zugeteilt wie der Krämer für seine Käufer. Oft werden sie dabei aber auch noch stark benachteiligt. Der wirtschaftliche Nutzen, den die Konsumvereine sonst für ihre Mitglieder durch die Überlegenheit des Großbetriebs erzielen, fällt also jetzt bis auf verschwindend wenig Fälle weg. Alle wichtigsten Waren sind rationiert. Je länger der Krieg dauert, desto mehr verschärft sich dieser Zustand, und im nächsten Jahre werden sicher viele Genossenschaften die Rückvergütung herabsetzen müssen. Wenn die Mitglieder dafür das nötige Verständnis zeigen, kann dieser Vorgang später allerdings für die Bewegung im allgemeinen von Nutzen werden. Vielfach kranken die Konsumvereine daran, daß sie für den Geschäftsbetrieb und zum Ausbau der Eigenproduktion nicht so viel eigenes Kapital haben, als erwünscht wäre. Die Herabsetzung der Rückvergütung, die eine Stärkung der Reserven ermöglicht, stößt aber meist bei den Mitgliedern auf Widerspruch und ist infolgedessen immer schwierig. Zwingt jetzt der Krieg zu dieser Maßnahme, so wird man sich eher damit abfinden.

Für die Schaffung eigenen Genossenschaftskapitals tritt eine Broschüre ein, die H. Kaufmann (Hamburg) jetzt herausgegeben hat. Auf den lesenswerten Inhalt können wir alle Konsumvereinler hier nur kurz hinweisen. Bemerkenswert sind aber einige Ausführungen über die Wirkung der Kriegsanleihen. Bekanntlich haben fast alle Konsumvereine Sparkassen für die Mitglieder eingerichtet, in denen auf die Einlagen meist ein Zins von 3½ bis 4 Prozent gewährt wird. Für die Kriegsanleihen erhält man aber 5 Prozent. Dieser Umstand und die allgemeine Panik bei Kriegsausbruch ließen einen Sturm auf die Konsumvereinssparkassen befürchten. Kaufmann stellt fest, daß erfreulicherweise dieser Sturm nicht eingetreten ist. Wir möchten hier auf einen großen Widerspruch aufmerksam machen, der sich in dieser Frage gezeigt hat. Während die Konsumvereine ein Interesse daran haben, daß die Mitglieder ihr Geld in den Vereinssparkassen ließen, haben die Verwaltungen mit den Geldern der Organisationen selbst massenhaft Kriegsanleihe gezeichnet! Und später ist bekanntlich in Arbeiter- und Genossenschaftsblättern zur Zeichnung von Kriegsanleihe unmittelbar aufgefordert worden. Jedenfalls wird nach dem Kriege das fünfprozentige Papier auf den Geldmarkt drücken und auch für die Schaffung von mehr Eigenkapital der Konsumvereine nicht ohne Einfluß sein. „Nachdem einmal in den breiten Massen des Volkes so etwas wie Zinshunger geweckt worden ist (!) ...", wie Kaufmann sagt. Wer weckte denn diesen Zinshunger?!

Auf einer größeren Anzahl deutscher Universitäten und Hochschulen werden auch in diesem Wintersemester wieder Vorlesungen über Genossenschaftswesen gehalten. An der Handelshochschule in Mannheim entwickelt sich sogar, wie die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" mitteilt, ein großzügiges Seminar für Genossenschaftswesen.

Der Bremer Konsumverein Vorwärts besteht jetzt zehn Jahre. Die Generalversammlung, die kürzlich abgehalten wurde, scheint nach einem Bericht in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" einen etwas anormalen Verlauf genommen zu haben. So wurde abgelehnt, nach dem Vorschlag der Verwaltung 10 000 Mark dem Unterstützungsfonds zu überweisen. Noch unverständlicher aber ist der Beschluß, den im Felde stehenden Angestellten nicht mehr, wie bisher, die Hälfte des Gehalts zu zahlen. Sollten an diesen Vorgängen etwa — wie es den Anschein hat — die Bremer Parteidifferenzen mitspielen, so wäre das sehr zu bedauern. Es liegt gar kein sachlicher Anlaß vor, die Parteiwirren nun auch noch auf die Genossenschaften zu übertragen, obwohl nicht zu verkennen ist, daß besonders Personenfragen sehr leicht dazu verleiten können. Es müßte aber von den Mitgliedern und von den Verwaltungen alles geschehen, um das zu vermeiden. Die der Opposition angehörenden Parteigenossen haben — natürlich: keine Regel ohne Ausnahme — sicher keinen Grund, die Verhältnisse noch mehr zu komplizieren, indem sie den Meinungsstreit auf neue Gebiete ausdehnen.

Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge entwickelt sich auch während der Kriegszeit bedeutsam nach vorwärts. Am Schluß eines jeden Monats kann die Verwaltung über das Zustandekommen weiterer neuer Versicherungen berichten. So wurden im Oktober 1914 Anträge eingereicht. Besonders stark ist die Zunahme der Kinderversicherungen. Hier und da ist beobachtet worden, daß Agenten privater Versicherungsgesellschaften mit dem Anbieten von Volksversicherungen den Glauben zu erwecken suchen, als kämen sie im Auftrag der Volksfürsorge. Sie versuchen dieses Manöver besonders gern bei Arbeiterfrauen. Vorsicht ist also am Platze.

Wir wiesen schon einmal an dieser Stelle darauf hin, daß das Genossenschaftswesen in Rußland während der Kriegszeit große Fortschritte gemacht hat. Das wird durch neuere Angaben bestätigt. Man nimmt nach den angestellten Berechnungen an, daß es in Rußland gegenwärtig etwa 40 000 Genossenschaften verschiedener Art gibt. Im Jahre 1905 wurden erst 3500 gezählt. Das wäre allerdings ein riesiger, beispielloser Fortschritt auf einem wichtigen wirtschaftlichen Gebiet, ein Fortschritt, der allerlei Schlüsse auf die sprichwörtlichen „tönernen Füße" des Riesenreichs zuläßt. Wie überall, sind die Kredit- und landwirtschaftlichen Genossenschaften mit 24 000 am stärksten vertreten, Konsumvereine werden 12 000 gezählt. In London haben die russischen Genossenschaftszentralen ein Kontor errichtet, um in engere Fühlung mit den englischen Genossenschaften zu treten.

Von Griechenland wird berichtet, daß 87 Genossenschaften existieren, davon sind 61 Kreditgenossenschaften. Konsumvereine soll es dort noch keine geben. Demnach wäre das Genossenschaftswesen Griechenlands erst in den Anfängen. H. F.

---

# Notizenteil.

## Aus dem öffentlichen Leben.

**Genossen Mehrings Schutzhaft** hat den Reichstag in seiner Sitzung vom 1. Dezember 1916 beschäftigt. Genosse Cohn von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft stellte diese Anfrage:

„Gegen den Schriftsteller Dr. Franz Mehring, der am 15. August 1916 in militärische Schutzhaft genommen worden ist, ist beim Landgericht Düsseldorf wegen der Herausgabe der Zeitschrift „Die Internationale" ein Strafverfahren anhängig. Das Oberkommando in den Marken hat angeordnet, daß Herr Dr. Mehring mit seinem Verteidiger nur in Gegenwart eines Beamten der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums Berlin sprechen dürfe. Auf die Vorstellung des Verteidigers, daß dies eine gesetzwidrige Vereitelung des im § 148 der Strafprozeßordnung gegebenen Rechts auf ungestörten Verkehr zwischen dem Angeklagten und dem Verteidiger sei, hat das Oberkommando am 18. November „aus Billigkeitsgründen für den Fall, daß die Hauptverhandlung gegen Dr. Mehring am 24. d. M. stattfindet", dem Verteidiger die Erlaubnis erteilt, Herrn Dr. Mehring „an einem beliebigen Tage der nächsten Woche für die Dauer von 30 Minuten ohne Zeugen sprechen zu dürfen". Schon vor Absendung dieses Briefes war es dem Oberkommando bekannt, daß Herr Dr. Mehring wegen seiner schwachen Gesundheit nicht transportfähig und nicht verhandlungsfähig, mithin die Aufhebung des Termins bestimmt zu erwarten sei. Das Oberkommando beansprucht auch die Zensur des schriftlichen Verkehrs zwischen Herrn Dr. Mehring und seinem Verteidiger. Dieser hat beim Landgericht Düsseldorf beantragt, zur Sicherung der dem Angeklagten im § 148 der Strafprozeßordnung gegebenen Rechte zu beschließen, daß das Oberkommando weder die schriftlichen Mitteilungen an den Verteidiger durchsehen, noch die Anordnung aufrechterhalten dürfe, wonach den Unterredungen des Verteidigers mit dem Angeklagten Dr. Mehring ein Kriminalbeamter oder überhaupt jemand beiwohnen müsse. Das Gericht hat geantwortet, ihm ständen die vom Verteidiger beantragten Maßnahmen nicht zu und hat ihm anheimgegeben, sich wegen der Sicherung der dem Angeklagten im § 148 der Strafprozeßordnung gegebenen Rechte an das Oberkommando in den Marken zu wenden. Ist dieser Sachverhalt dem Herrn Reichskanzler bekannt? Beabsichtigt er das Oberkommando in den Marken zur Beachtung der Gesetze anzuhalten?"

Wie diese Anfrage im Reichstag von der Regierung abgefertigt wurde, darüber berichtet die „Frankfurter Zeitung" Nr. 334 vom Samstag, den 2. Dezember: „Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Lewald: Der Schriftsteller Dr. Franz Mehring, gegen den ein Strafverfahren bei dem Landgericht Düsseldorf schwebt, befindet sich nicht in gerichtlicher Untersuchungshaft, sondern in militärischer Schutzhaft. Im Sinne des § 148 der Strafprozeßordnung, der den Verkehr des Verhafteten und Beschuldigten mit seinem Verteidiger regelt, ist unter dem Verhafteten nur der in Untersuchungshaft Befindliche zu verstehen. Der § 148 der Strafprozeßordnung findet deshab auf den in Schutzhaft Befindlichen keine Anwendung. Eine Zensur des Schriftwechsels Dr. Mehrings mit seinem Verteidiger hat das Oberkommando in den Marken weder beansprucht noch ausgeübt. Der Schriftwechsel wird vielmehr ebenso wie der aller in Schutzhaft befindlichen Personen lediglich überwacht. Hiernach besteht

für den Reichskanzler kein Anlaß, in der Sache etwas zu veranlassen. (Große Unruhe, Rufe: „Unerhört!“ bei der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft.)

Abg. Dr. Cohn (Soz. Arbeitsgem.), zur Ergänzung der Anfrage: Erkennt der Reichskanzler an, daß in dem Verhalten des Oberkommandos sowohl bezüglich des Schriftwechsels als des freien Verkehrs mit dem Verteidiger die Bestimmungen der Strafprozeßordnung aufrecht zu erhalten sind?

Direktor Lewald: Der Herr Fragesteller geht von der Auffassung aus, daß die genannten Bestimmungen auf die Schutzhaft überhaupt Anwendung finden. Diese Auffassung trifft nicht zu.

Abg. Dr. Cohn (zur weiteren Ergänzung): Ist der Herr Reichskanzler bereit, dem in Schutzhaft befindlichen Angeklagten das Recht zu verschaffen, mit seinem Verteidiger ungehindert zu verkehren?

Direktor Lewald: Ich verzichte auf eine Beantwortung. (Große Unruhe bei der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft. Zurufe: Das glaube ich! Pfui! Feigheit! Schamlos! Der Abgeordnete Kunert wird vom Präsidenten für die Ausdrücke „Feigheit“ und „Schamlos“ zur Ordnung gerufen. Abg. Stadthagen: Es bleibt aber dabei! Abgeordneter Stadthagen wird ebenfalls zur Ordnung gerufen. Anhaltendes Gelächter bei der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft.)“

Der Vorgang im Reichstag hatte noch in der Presse ein recht interessantes Nachspiel. Die offizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilte nach dem „Berliner Tagblatt“ als „halbamtliche Erklärung“ mit: „Die von dem Direktor Dr. Lewald vertretene Anschauung ist vom Reichsjustizamt geprüft und entspricht der Rechtslage. Der Abgeordnete Dr. Cohn hatte aber wohl überhaupt kaum einen genügenden Grund, seine Anfrage zu stellen, da schon mehrere Tage vor ihrer Einbringung Direktor Dr. Lewald ihm mitgeteilt hatte, daß auf Anregung der Reichsleitung das Oberkommando in den Marken mit Rücksicht auf das Alter und den Gesundheitszustand des Dr. Mehring bereit sei, ihn aus der Schutzhaft zu entlassen, wenn er einen diesbezüglichen Antrag stelle und das Versprechen gebe, fürderhin die Agitation zu unterlassen, die die Verfügung der Schutzhaft über ihn notwendig machten.“

Genosse Cohn stellte zu dieser Erklärung trocken fest, daß die von Dr. Lewald erwähnte Besprechung nicht vor der Einbringung der Anfrage stattfand, sondern erst nachher. Die Freunde des Regierungsvertreters müßten sich mindestens ein gutes Gedächtnis anschaffen. Genosse Mehring hat es abgelehnt, das vorgeschlagene Versprechen zu geben. Eine Entlassung aus der Schutzhaft gegen ein Versprechen dürfte überhaupt ein Novum in der merkwürdigen Geschichte dieser merkwürdigen Einrichtung sein.

## Für den Frieden.

**Die italienische Sozialdemokratie als treue Kämpferin für den Frieden und die internationale Solidarität des Proletariats.** In der einstigen Geschichte des Weltkriegs wird die Haltung der italienischen Sozialdemokratie eines der wenigen ruhmvollen Blätter des Kapitels bilden, in dem das politische Leben und Weben der Arbeiterklasse während dieses Krieges seine Würdigung findet. Vom Tage des Kriegsausbruchs an bis heute hat sie in Theorie und Praxis die Grundsätze des internationalen Sozialismus festgehalten, unbeirrt durch die militärischen Ereignisse auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen, unbeeinflußt von dem chauvinistischen Rausch, der seine Orgien feierte, unerschüttert durch das böse Beispiel, das Sozialdemokraten in anderen kriegführenden Ländern gaben, und das nur von ganz vereinzelten Sozialisten in Italien Nachahmung fand, die bald außerhalb der Partei standen. Im Parlament, in den Gemeindeverwaltungen haben ihre Vertreter den imperialistischen Krieg und seine nationalistische Ideologie im Namen der internationalen Solidarität der Arbeiter aller Länder, der höchsten Menschheitsideale mit Klarheit und Schärfe bekämpft. Und niemand kann die italienische Sozialdemokratie zeihen, daß sie darüber vernachlässigt habe, für die Linderung der unsäglichen Leiden zu wirken, die als Gefolgschaft des Krieges über die breitesten Volksmassen herfallen. Ganz im Gegenteil. Die italienischen Genossen sind die kräftigsten Anreger und Antreiber zu aller Art sozialer Fürsorge durch Gemeinde und Staat, und sie sind die unbarmherzigsten Kritiker aller in Frage kommenden Maßregeln, die halb und trügerisch sind. Ohne sich durch die härtesten Verfolgungen und das Toben der Kriegshetzer einschüchtern zu lassen, hat sich die Partei namentlich auch bemüht, unter das arbeitende Volk Aufklärung über die Ursachen und treibenden Kräfte der furchtbaren Katastrophe zu tragen, deren blutige Wirbel die besten Kulturerrungenschaften zu verschlingen drohen. Sie hat die proletarischen Massen dagegen zu bewahren gesucht, ihren Geist mit bürgerlichem, mit imperialistischem Geiste zu mischen, wenngleich sie gezwungen waren, Gut und Blut für imperialistische Ziele zu opfern. Kurz, die Partei hat ihren Weg als Heerestruppe des internationalen Sozialismus weiter verfolgt, ohne sich durch eine „heilige Einheit“ oder einen „Burgfrieden“ von der Marschroute abbringen zu lassen.

Anfang Dezember mußte die italienische Kammer Stellung zu einem Antrag der Sozialdemokratie nehmen, der dem Frieden galt. Er forderte, die Regierung möge ihren Verbündeten die Notwendigkeit klarmachen, durch Vermittlung der Vereinigten Staaten und anderer neutraler Länder einen Friedenskongreß einzuberufen. Mit dem Zusammentritt des Kongresses habe ein vorläufiger Waffenstillstand zu erfolgen. Die ersten Beratungen könnten stattfinden auf Grund bereits verkündeter Grundsätze, wie Verzicht auf Annexionen, künftige Sicherstellung für die Entwicklungsfreiheit der Völker, Errichtung eines internationalen Friedensbundes der Staaten. Nach der Verständigung über diese Prinzipienfragen seien die einzelnen Friedensbedingungen zur Beendigung des gegenwärtigen Krieges festzustellen. Schon im voraus war von der „patriotischen“ Presse verkündet worden, die Regierung werde die Beratung des Antrags nicht zulassen. Und so kam es auch. Ministerpräsident Boselli bekämpfte den Antrag mit den allgemeinen Redensarten, die die Regierungsvertreter auch in anderen Ländern auf Lager haben, wenn es sich um Friedensforderungen handelt. Boselli erklärte, die geheischte Beratung sei in diesem Augenblick unzweckmäßig, da die Kammer ebensowenig für einen verfrühten und unsicheren Frieden als gegen den Frieden stimmen könne. Die vom Antrag aufgestellten Grundsätze seien zweifellos des Lobes würdig, aber man wisse nicht, ob sie von den Mittelmächten anerkannt und angenommen würden. Überdies müsse man den Eindruck auf das feindliche Ausland bedenken. Alles käme darauf an, den Sieg zu beschleunigen, denn das bedeute, den Frieden beschleunigen. Die Genossen Turati und Treves begründeten in scharf zugespitzten Ausführungen die sofortige Beratung des Antrags, in Ausführungen, in denen sie als internationale Sozialisten sich mit dem Imperialismus auseinandersetzten und das Ende des Völkerringens forderten. Die Beratung des Antrags wurde mit 293 gegen 47 Stimmen auf ein halbes Jahr vertagt, der sozialistische Vorstoß ist aber dennoch nicht vergeblich gewesen. Denn er hat über die Mauern des Parlaments hinaus auf das Volk gewirkt, hat seine Friedenssehnsucht gesteigert, seinen Friedenswillen angefacht.

Nach der Erklärung des deutschen Reichskanzlers im Reichstag bekämpfte der „Avanti“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, scharf die Ansicht, das Angebot von Friedensverhandlungen durch die Mittelmächte sei abzulehnen. In einem Artikel „Mars am Scheideweg“ schrieb das Blatt unter anderem: „Wie immer auch die Beweggründe (des Angebots) ausgelegt werden können, sagen wir, daß es unsinnig, absurd und toll wäre, sich von vornherein ablehnend zu verhalten.“ Bei der Beratung des provisorischen Budgets in der Kammer befürworteten die Genossen Aleſſio und Turati mit allem Nachdruck den Beginn von Friedensbesprechungen. Nach den bis jetzt vorliegenden ganz kurzen Berichten bürgerlicher Blätter erklärten sich beide „absolut für den Frieden“, und im Gegensatz zu früher lösten die Reden keinen Protest, keine feindliche Kundgebung, ja nicht einmal gehässige Zwischenrufe seitens der Abgeordneten und Tribünenbesucher aus. Die italienische Sozialdemokratie erntet schon jetzt die Frucht ihrer konsequenten Haltung. Sie gewinnt sehr stark an Anhängern, an eingeschriebenen Mitgliedern, ihr Ansehen, ihr Einfluß wächst. Daß sie ihre Grundsatztreue mit hohem Preis bezahlen muß, liegt in der Natur der Dinge. Das Kriegsgericht in Rom verurteilte zum Beispiel den jugendlichen Sozialisten Toskani zu 6, seine Genossen Sardelli, Monara und Marinozzi zu je 5 Jahren Kerker. Grund: Flugblätter, die dazu aufgefordert hatten, am 3. September eine Jugendkundgebung gegen den Krieg zu veranstalten. Den Verurteilten konnte nicht einmal die Verbreitung der Flugblätter nachgewiesen werden, sondern nur der Besitz einer Anzahl Exemplare. Die Zensur strich, was der „Avanti“ zu dem Urteil geschrieben hatte.

## Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

**Von der sozialdemokratischen Frauenbewegung in Oesterreich.** Anfang November v. J. hielt die deutsch-österreichische Sozialdemokratie in Wien ihre dritte Reichskonferenz unter dem Kriege ab. Selbstverständlich nahmen auch die organisierten Genossinnen daran teil, unter den 255 Delegierten befanden sich zahlreiche Frauen. Der Bericht des Parteivorstandes stellte fest, daß die Werbeaktion des letzten Frühjahrs zur Förde-

rung der Frauenbewegung guten Erfolg gehabt hat. Es wurden dabei 37 000 Exemplare von Genossin Popps Schriftchen verteilt: „Frau, Arbeiterin, Sozialdemokratie", und die Frauenorganisation kam dank der entfalteten Agitation wieder auf 57 Prozent ihres Friedensstandes. Während die gesamte Parteipresse im Durchschnitt 50 Prozent ihrer Friedensauflage erhielt, konnte die „Arbeiterinnen-Zeitung" sogar 74 Prozent halten. Diese Erfolge sind vor allem der zähen Unermüdlichkeit und opferwilligen Energie der Genossinnen zu verdanken, die bei ihrer Werbearbeit von den Behörden mit den schärfsten Mitteln bekämpft wurden. Genossin Proft illustrierte das namentlich durch das Vorgehen der Behörden im Kreise Bodenbach. Im neuen Jahre soll wieder ein Frauentag stattfinden. Die Konferenz nahm einstimmig eine Resolution der Genossin Schlesinger an, die die Sympathie den Genossen und Genossinnen in allen Ländern ausspricht, die wegen der Agitation für den Frieden verfolgt werden.

## Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

**Die Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen im Oktober 1916.** Die seit April v. J. beobachtete sinkende Tendenz der Arbeitslosigkeit weiblicher Erwerbsuchender erfuhr im Oktober eine Unterbrechung. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise stieg ihre Andrangziffer im Reichsdurchschnitt wieder etwas, wenn auch unbedeutend. Auf 100 offene Stellen für weibliche Arbeitskräfte kamen im Oktober 135 Arbeitsgesuche gegen nur 134 im September. Das Ansteigen der Ziffer ist dem Umstand geschuldet, daß die Zahl der Arbeitsuchenden im Webstoff-, Gastwirts- und Metallgewerbe, in der Landwirtschaft und in häuslicher Lohnarbeit sich um etwas mehr erhöhte, als sie in allen übrigen Berufsgruppen abnahm. Von allen Berufsgruppen haben folgende eine höhere Andrangziffer weiblicher Arbeitsloser als den Durchschnitt (135): Webstoffgewerbe 634, Handelsgewerbe 304, Bekleidung und Reinigung 212, Gastwirtsgewerbe 141.

Die Nachweise der Fachverbände, von denen 38 über 649659 männliche und 160822 weibliche Mitglieder berichten, ergeben auch für die organisierten Frauen und Mädchen eine Abnahme der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit der weiblichen Mitglieder betrug Ende Oktober im Durchschnitt aller Verbände 7,3 Prozent gegen 8,1 Prozent zu Ende September. Im September waren 12744 weibliche Mitglieder arbeitslos, im Oktober nur noch 11710. Eine Zunahme der Arbeitslosenziffer ihrer weiblichen Mitglieder verzeichnen die Verbände der Porzellanarbeiter, Sattler und Portefeuiller, Lederarbeiter, Bäcker und Gemeindearbeiter. Verbände mit unter 200 weiblichen Mitgliedern sind nicht mitgerechnet. Erwähnt sei, daß in den einzelnen Landesteilen die Arbeitslosenziffer der weiblichen Verbandsmitglieder von sehr verschiedener Höhe ist. So schwankt beispielsweise bei den Textilarbeitern die prozentuale Arbeitslosigkeit der organisierten Frauen zwischen 43,2 Prozent im rechtsrheinischen Bayern und 0,8 Prozent in Westfalen-Lippe. Die Arbeitslosigkeit aller Mitglieder bei der Gesamtheit der Verbände bewegt sich zwischen 0,2 Prozent in Ost- und Westpreußen, Pommern und Westfalen und 5,3 Prozent im Königreich Sachsen und den thüringischen Staaten. Der Reichsdurchschnitt beträgt 2 Prozent.

Bei den Arbeitsnachweisen wird der höchste Stand der Andrangziffer weiblicher Arbeitsuchender von Elsaß-Lothringen mit 430 und dem Königreich Sachsen mit 269 gehalten, während das Großherzogtum Hessen die niedrigste Zahl, 87, aufweist. Bemerkenswert ist, daß in Berlin auf 100 offene Stellen nur 101 weibliche Arbeitsuchende kommen, während es von Stuttgart heißt, daß „die Zahl der gewerblichen weiblichen Arbeitskräfte fast das Doppelte der offenen Stellen beträgt".

Nach den Berichten von 6024 Krankenkassen betrug die Zahl ihrer versicherungspflichtigen weiblichen Mitglieder am 1. Oktober vorigen Jahres 4004644 und am 1. November 4072330. Die Zunahme im Oktober betrug also 67686, während die Zahl der männlichen Pflichtmitglieder um 16915 gesunken ist und nun noch 4312346 beträgt. Diese Zahlen erweisen den recht bedingten Wert der Statistiken über die Arbeitslosigkeit, weil diese nur einen kleinen Teil der weiblichen Erwerbstätigen erfassen. R.

Druckfehlerberichtigung. In der Notiz „Arbeitslosigkeit weiblicher Erwerbstätiger" in Nr. 4 muß es Seite 32, 2. Spalte, 2. Zeile heißen: Lederarbeiter im Juni 21,8 (nicht 71,8) Prozent.

## Frauenarbeit.

**Frauenarbeit an Stelle von Männerarbeit als Folge des Kriegs.** In Nummer 3 brachten wir ziffermäßige Belege für das starke und rasche Anwachsen der Frauenarbeit seit Kriegsausbruch. Sie ließen erkennen, daß Frauen nicht nur in wachsender Zahl beschäftigt werden, sondern auch mehr und mehr an Stelle der Männer treten, die unter den Fahnen stehenden Männer ersetzen. In welchen Berufen dies der Fall ist, darüber enthält das Septemberheft des „Reichsarbeitsblattes" die folgenden Angaben. „Frauen und Mädchen versehen jetzt im Kaufmannsgewerbe, in den Bureaus von Privaten und Behörden nicht selten Posten, die früher allein mit Männern besetzt wurden. Das nämliche gilt vom Verkehrswesen. Frauen werden in großer Zahl verwendet als Straßenbahnschaffnerinnen und -führerinnen, als Briefträgerinnen, als Kraftwagen- und Kranführerinnen, wie als Eisenbahnarbeiterinnen und Erdarbeiterinnen bei Bahn- und Straßenbauten." Wir fügen noch hinzu, daß die Frau im Post-, Telegraphen- und Telephondienst häufig an die Stelle des Mannes getreten ist, und daß sie im Eisenbahndienst bei der Verwaltung, Güterabfertigung, als Zug- und Bahnsteigschaffnerin usw. tätig ist. Das „Reichsarbeitsblatt" stellt fest, daß weibliche Arbeitskräfte in den Berg- und Hüttenbetrieben beschäftigt werden, vornehmlich mit Transport- und Entladearbeiten, zum Teil aber auch im Kesselhaus, als Feuerschürer. „Insbesondere hat sich ihre Arbeit in vorher ungekannter Weise in der Metall- und Maschinenindustrie entwickelt; sie werden hier nicht nur bei leichterer Arbeit der verschiedensten Art verwandt, sondern auch mit Arbeiten betraut, die, wenn nicht Krieg wäre, den Frauen nicht zugemutet worden wären. Sie sind vielfach in den Gießereien als Kernmacherinnen und bei der Unterstützung der Former tätig. Sie finden sich an den Drehbänken, wie an Bohr- und Fräsmaschinen und anderen Arbeitsmaschinen; sie werden selbst mit Autogenschweißen befaßt. Vielfach ist ihre Beschäftigung in der Hütten- und Metallindustrie allerdings nur durch eine weitausgedehnte Arbeitsteilung wie durch Verwendung von Hilfsmaschinen und durch Vorbereitung der Arbeiten durch fachmännisch ausgebildete Einrichter möglich geworden. In der optischen Industrie sind weibliche Hilfskräfte jetzt sogar für Präzisions- und Mechanikarbeiten eingestellt. Die Frauen haben sich besonders bei der Handhabung der feuer- und sprenggefährlichen Stoffe, insbesondere für die Prüfung der fertiggestellten Stücke geeignet erwiesen. In der Lederindustrie bedienen die Arbeiterinnen Sattler- und Schuhmachermaschinen. In der Papierverarbeitung, in den Bleichereien und Färbereien herrschen die Frauen jetzt fast ausschließlich vor. Bei der Holzindustrie werden sie zum Bohren, Glätten und Lackieren verwandt. Auch eine Ausdehnung der Frauenarbeit im Baugewerbe hat sich nach den Jahresberichten der Bezirksleiter des Deutschen Bauarbeiterverbandes während des Kriegs in verschiedenen Gegenden vollzogen; doch hat sie vielfach keine große Bedeutung erlangt." In den einzelnen Berufen ist natürlich die Zahl der weiblichen Beschäftigten sehr verschieden gewachsen. Manche Berufsarten haben einen Rückgang sowohl der weiblichen wie der männlichen Arbeitskräfte erfahren. Als allgemeiner Zug des Wirtschaftslebens tritt jedoch das starke Wachstum der Frauenarbeit hervor, die zunehmende Tendenz, Frauen und Mädchen bei Arbeiten zu beschäftigen, die früher ausschließlich von Männern verrichtet wurden. Das alles nicht bloß in Industrie, Handel, Verkehr usw., sondern nicht minder in der Landwirtschaft. Schon vor dem Krieg spielte hier die Frauenarbeit eine große, ja entscheidende Rolle; in manchen kleinbäuerlichen Gegenden war fast die Hälfte, ja über die Hälfte aller landwirtschaftlich Tätigen weiblichen Geschlechts. Während des Kriegs ist der Anteil der Frauenarbeit an der Landwirtschaft ganz erheblich gewachsen. Vom Pflügen und Säen bis zum Lenken hochbeladener Getreide-, Heu- und Krautwagen usw. gibt es kaum eine landwirtschaftliche Verrichtung, die heute nicht auch Sache von Frauen wäre. Unter den landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeiten, bei denen Frauen die fleißigen Hände rühren, gibt es nicht wenige, die bei den heutigen Bedingungen die Gesundheit, die Lebenskraft der Werkenden bedrohen. Durchgreifender gesetzlicher Schutz der weiblichen Arbeitskräfte und ihre gewerkschaftliche Organisierung zum Zwecke kräftigen Selbstschutzes sind nötiger als je.

**Frauenarbeit im Verkehrsdienst.** Nach den Meldungen bürgerlicher Blätter wurde in Konstanz auf einem württembergischen Bodenseedampfer der erste weibliche Matrose bemerkt. Im Hauptbahnhof Stuttgart werden Frauen als Bahnsteigschaffnerinnen beschäftigt. Bahnsteigschaffnerinnen sind ebenfalls in den Bahnhöfen Mannheim und Ludwigshafen tätig. Auch zur Zugbegleitung sind bei den badischen und pfälzischen Bahnen Frauen als Schaffnerinnen eingestellt worden. Als Dienstkleidung ist für sie Pumphose und Gamaschen vorgeschrieben, weil die Kleiderröcke hinderlich und dienstgefährlich seien. m. g.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.